Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 44 (1964-1965)
Heft: 4

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

RUNDSCHAU

INDIEN OHNE NEHRU

In den Vormittagsstunden des 27. Mai starb in Delhi der indische Premierminister *Jawaharlal Nehru*. Sein Tod bedeutet nicht nur einen der üblichen Wechsel im Amt des Regierungschefs eines großen Landes. Für Indien verkörperte Nehru den Sieg im jahrzehntelangen Ringen um die Unabhängigkeit; er war der politische Vollstrecker des Willens Mahatma Gandhis. Für die Welt aber war Nehru der anerkannte Führer der großen Mächtegruppierung der «nichtverpflichteten Staaten», deren Zahl und Bedeutung in den vergangenen Jahren ständig zugenommen hat.

Wegweiser der Demokratie

Die Bilanz eines so bewegten und reichen Lebens zu ziehen, ist nicht leicht. Noch befindet sich alles im Fließen; die Ziele, die Nehru anvisierte, liegen zum Teil noch in weiter Ferne, manche haben sich als Utopien und Illusionen erwiesen. Was feststeht, ist sein Lebenswerk, das *unabhängige Indien*, das sich, seiner Größe und potentiellen Kraft entsprechend, dank Nehrus Wirken einen wichtigen Platz im Kreis der Nationen zu sichern verstand. Man muß sich das zu Lebzeiten Nehrus zurückgelegte Wegstück der Geschichte Indiens noch einmal vergegenwärtigen, um die volle Bedeutung dieses Mannes erfassen zu können. Als er an der Seite Gandhis am Ende des Ersten Weltkrieges zur Abschüttelung der britischen Herrschaft aufrief, schienen die Chancen für einen erfolgreichen Ausgang der Unabhängigkeitskampagne gering. Ein Vierteljahrhundert später, nachdem ein weiterer Weltkrieg das europäische Staatensystem, wie es im 19. Jahrhundert entstanden war, endgültig zerstört hatte und die Ablösung der Kolonien von ihren Mutterländern einsetzte, stand Nehru am Ziel seines jahrelangen zäh und konsequent geführten Kampfes: Großbritannien gab Indien die Unabhängigkeit.

Es ist zweifellos das Hauptverdienst Nehrus, daß es ihm gelang, diese Auseinandersetzung mit dem Mutterland in einer Weise zu beenden, die keinen Raum ließ für ein Weiterwuchern der bei seinen Landsleuten aufgestauten antibritischen Haß- und Rachegefühle. Indien blieb als Republik im britischen Commonwealth. Im Innern suchte Nehru sein Land, nachdem die Wirren des ersten Unabhängigkeitstaumels verrauscht waren, auf den Weg der Demokratie zu weisen — kein leichtes Unterfangen bei einem armen, in vielen Belangen rückständigen und in der gesellschaftlichen Struktur konservativen Volk. Seine Pläne, die Wirtschaft Indiens auf einen modernen Stand zu heben, zeugen von der Erkenntnis, daß demokratische Lebensformen nur dort gesichert sind, wo ein angemessener Lebensstandard eine Milderung der sozialen Spannungen garantiert. Die Eile, mit der Nehru seine Projekte durchzuführen suchte, zeugen von innerer Unrast und von der Besorgnis, das hochgesteckte Ziel nicht rechtzeitig zu erreichen.

Tatsächlich bleibt Nehrus Werk, das er seinen Nachfolgern überläßt, ein Torso. Die kühnen Hoffnungen auf eine rasche Industrialisierung haben sich nicht erfüllt; das Bevölkerungsproblem konnte nicht gelöst werden, der Analphabetismus wurde zwar zurückgedrängt, aber nicht beseitigt. Der Hauptteil der Aufgabe, die zu bewältigen Nehru unternommen hatte, lastet weiter auf den Schultern seiner Erben, und es wird wohl der geduldigen Arbeit mehrerer Generationen bedürfen, ehe diese Ziele erreicht werden können.

Arbiter mundi?

Aber auch nach außen hat Nehru seine hochgespannten Pläne nicht in vollem Umfang verwirklichen können. Es gelang ihm zwar, Indien von jeder Bündnisverpflichtung — außer im Rahmen der Vereinigten Nationen

— frei zu halten, und es gelang ihm auch, innerhalb dieser lose verbundenen Gruppe der «Nichtverpflichteten» die Führerrolle zu übernehmen. Aber das tatsächliche politische Gewicht der «Blockfreien» blieb gering; es konnte in keiner der schweren internationalen Krisen entscheidend in die Waagschale geworfen werden; Nehru war weit entfernt davon, als Initiator einer Politik des «Nonalignment» irgendwann die Rolle eines Arbiter mundi spielen zu können.

Die letzten Monate seines Lebens waren zudem überschattet von Mißerfolgen. Die Widersprüchlichkeit seiner Politik stürzte ihn mehrmals in ein schweres Dilemma. Die Freilassung Sheikh Abdullahs deutete an, daß Nehru in der *Kaschmirfrage* neue Wege einschlagen und die Fehler vergangener Jahre korrigieren wollte. Völlig gescheitert war schließlich auch seine Politik der asiatischen Solidarität, die auf einer engen Bindung zwischen Delhi und Peking beruhte. Der *Himalajakrieg* vom Herbst 1962 zeigte Nehru, daß das kommunistische China in seinem imperialistischen Expansionsdrang auch vor den Grenzen Indiens nicht haltmachen würde. Der Konflikt mit China erschütterte Nehrus überlegenes Selbstbewußtsein; daß er als Folge der militärischen Niederlagen seinen engsten Vertrauten und Freund, den Verteidigungsminister *Krishna Menon*, dem Sturm der Entrüstung über mangelnde Vorbereitung der Wehrmacht opfern mußte, ist ein bezeichnendes Symptom für den Prestigeverlust, den Nehru damals erlitt und von dem er sich nicht mehr erholte.

Aufweichung in Südostasien

So bedeutungsvoll diese negativen Posten in der indischen Politik zu Buch stehen, wäre es wohl verfehlt, wollte man Nehrus Lebenswerk nur unter diesen Aspekten sehen. Er hat in den siebzehn Jahren seiner Herrschaft den weiträumigen Vielvölkerstaat Indien zusammengehalten und das Absinken in ein blutiges Chaos, wie es sich im August 1947 anzubahnen schien, verhindert. Er hat dem großen indischen Subkontinent in den anderthalb Jahrzehnten seiner Regierung politische Stabilität verliehen, während gleichzeitig Asien dauernd von revolutionären Erschütterungen heimgesucht wurde. Nehrus Nachfolgern, dem neuen Premierminister *Shastri* vor allem, fällt die Pflicht zu, dieses Erbe ihres großen Vorgängers zu wahren.

Daß sie unsicheren Zeiten entgegengehen, zeigt die Entwicklung im benachbarten Südostasien. Es sind erst zwei Jahre her, seit die *Genfer Laoskonferenz* im Sommer 1962 durch eine Art internationaler Garantie die Stabilität in diesem Nachfolgestaat der ehemaligen französischen Kolonie Indochina zu sichern suchte. Die damals geschaffene kunstvolle Konstruktion einer *Dreiparteienregierung* ist inzwischen auseinandergebrochen; es kam zu schweren Kämpfen, und es ist unverkennbar, daß sie vom kommunistischen Nordvietnam aus eifrig geschürt werden, von wo aus die linksextreme Pathet-Lao-Bewegung Nachschub an Munition, Waffen und Geräten erhält.

Man kann Laos jedoch nicht mehr isoliert betrachten. Im benachbarten *Südvietnam* kämpfen die Amerikaner seit Jahren erfolglos in einem zermürbenden Dschungelkrieg gegen die Infiltration der ebenfalls von Nordvietnam aus unterstützten Vietcongs. Kambodscha, der dritte Nachfolgestaat Indochinas, hat aus dem sich dahinschleppenden Feldzug der Amerikaner in Vietnam schon vor Monaten die Konsequenzen gezogen und sich von Washington distanziert. Dem Sicherheitsrat der Vereinigten Nationen unterbreitete Kambodscha schließlich sogar eine Klage wegen Grenzübergriffen der prowestlichen vietnamesischen Truppen; eine Dreierdelegation der UNO soll nun an Ort und Stelle die Verhältnisse überprüfen und dem Sicherheitsrat Bericht erstatten.

Die USA sehen sich in Südostasien in einen eigenartigen Mehrfrontenkampf verwickelt. Militärisch kämpfen sie gegen die von Rotchina ausgerüsteten Vietcong; diplomatisch müssen sie sich mit Peking und Moskau, die hier offensichtlich am selben Strick ziehen, auseinandersetzen. Die kommunistische Front hat nun in den letzten Wochen immer verstärkt Schützenhilfe durch das *gaullistische Frankreich* erhalten. Präsident de Gaulle hat im August vergangenen Jahres sich für eine Neutralisierung ganz Indochinas

ausgesprochen. Heute befürwortet die französische Diplomatie eine *neue Indochinakonferenz*, ähnlich jener des Jahres 1954, welche den Schlußstrich unter die französische Niederlage in Hinterindien zog und den dortigen französischen Kolonialbesitz liquidierte. Die USA widersetzen sich einer solchen Konferenz, an der vierzehn Staaten, darunter auch das kommunistische China, teilnehmen würden. Washington hält nicht viel von Besprechungen auf höchster Ebene; es möchte zunächst die Differenzen um Laos auf einer Botschafterkonferenz in Vientiane regeln und nicht das ganze Problem der westlichen Position in Südostasien aufrollen. In einer Art «Kriegsrat», der am 1. und 2. Juni in *Honolulu* stattfand, trafen sich Staatssekretär *Rusk*, Verteidigungsminister *McNamara* sowie verschiedene amerikanische Diplomaten aus den südostasiatischen Ländern. Die Besprechungen wurden ebenso wie ihre Ergebnisse von einem dichten Schleier des Geheimnisses umgeben; bisher deutet jedoch nichts darauf hin, daß die Administration Johnson eine radikale Änderung ihrer Südostasienpolitik in Erwägung zieht. Daß der ganze Problemkomplex nach Nehrus Tod erhöhte Bedeutung erhalten hat, liegt auf der Hand.

Goldwater ante portas

Die amerikanische Politik gerät zudem immer stärker in den Bannkreis der bevorstehenden *Präsidentenwahl*, so daß sich die vor einer solchen Wahl übliche außenpolitische Atempause allmählich einzustellen beginnt. Die Situation, wie sie sich wenige Wochen vor den entscheidenden Parteikonventen zeigt, ist recht ungewöhnlich. Auf demokratischer Seite dürfte es kaum Zweifel darüber geben, daß Präsident Johnson der Kandidat sein wird. Das republikanische Lager hingegen offenbart ein Bild *totaler Verwirrung*. Senator *Barry Goldwater* aus Arizona, ein Politiker, dem man vor wenigen Monaten noch lediglich die Chancen eines krassen Außenseiters zubilligte, hat es verstanden, dank der Uneinigkeit seiner Gegner und dank einer starken Anhängerschaft im Parteiapparat, seine Mitbewerber einen nach dem andern auszuschalten. Seit seinem Erfolg in den *Primärwahlen in Kalifornien* gilt seine Kandidatur so gut wie gesichert. Alle Versuche, Goldwaters Vormarsch aufzuhalten, sind gescheitert. Die meisten dieser Vorstöße waren taktisch so unglücklich wie möglich angelegt. Geradezu blamabel war dabei vor allem der *Interventionsversuch Eisenhowers*, der in einer nebulosen Erklärung eine Art verschwommene Kritik an Goldwater übte, diese aber bei den ersten Rufen nach Präzisierung in harmlosem Sinne deutete und sich von einer gegenteiligen Interpretation distanzierte. Gleichzeitig wurde mit Gouverneur *Scranton*, den man in letzter Stunde als Gegenkandidaten aufbauen wollte, ein wenig erbauliches Spiel getrieben: zunächst wurde er von Eisenhower ermutigt, gegen Goldwater aufzutreten, unmittelbar danach aber wieder zurückgepfiffen.

Diese Desorientierung im Lager der Grand Old Party beschert ihr nun einen Kandidaten vom Format Goldwaters, dessen Ziele unklar und dessen politische Äußerungen voller Widersprüche sind. Stellt man die Skala der angeblichen Auffassungen des Senators aus Arizona zusammen, so reicht sie von einem anachronistischen *Isolationismus* bis zur Befürwortung eines begrenzten *Atomkrieges* in Vietnam — wahrlich keine erfreulichen Perspektiven bei einem Anwärter auf das mächtigste politische Amt der westlichen Welt.

Wenn nicht im letzten Augenblick eine Wendung eintritt, dürfte die Nomination Goldwaters durch den Parteikonvent von San Francisco gesichert sein. In weiten Kreisen der Republikanischen Partei macht sich bereits die *Resignation* breit und lähmt die Opposition gegen Goldwater. Man scheint sich mit der Kandidatur des Senators aus Arizona abgefunden zu haben, weil man die Chancen für einen republikanischen Sieg ohnehin gering einschätzt und lieber Goldwater als einem andern Republikaner die Niederlage zuschieben möchte — eine politische Spekulation, die sich — selbst im Hinblick auf eine für die Republikaner günstigere Wahlkonstellation im Jahre 1968 — leicht als Fehlschluß erweisen könnte.

Fabius

Der Anschluß Lothringens an den Rhein

Ein wichtiges und glückliches Ereignis wurde im Mai gefeiert: die Einfügung der Mosel in das internationale Flußschiffahrtsnetz. Der französische Staatschef, der Präsident der Bundesrepublik und die Großherzogin von Luxemburg nahmen in Trier die Eröffnung vor, als Vorspiel einer fruchtbaren deutsch-französischen Zusammenarbeit, die beidseits des Rheins gewünscht wird. So wurde die lothringische Eisenindustrie an das rheinische Industriebecken angeschlossen und besitzt nun einen Nordseehafen. Dieser Sieg der Vernunft über den Kriegsgeist läßt die Zeit der Grenzstreitigkeiten und der Invasionen lächerlich erscheinen. Er ist mehr als der Sieg zweier großer Völker: ein Sieg des europäischen Geistes. Das in seinen Provinzen befangene und in mancher Hinsicht rückständige Frankreich betreibt durch die Erschließung seines Staatsgebietes eine Wirtschaftspolitik großen Stils, welche Lothringen ans Rhein-Neckar-Flußsystem binden wird. Hier liegt in der Tat das Zentrum des industriellen Europas. Dies veranlaßte schon Montesquieu zu der Feststellung: «Das rheinische Deutschland ist Europas Herz.» Es zeichnet sich heute ein Lotharingien ab, das durch die Macht seiner Wirtschaft, seines Handels und seiner Banken in Europa immer mehr Gewicht erlangen wird.

Frankreich sieht sich in diesem Zusammenhang in seiner naturgegebenen Rolle als Übergang zwischen Nordeuropa und der Welt des Mittelmeers bestätigt. Marseille, das seinen Rang als «kaiserlicher» Hafen auf Grund der Unabhängigkeit Nordafrikas und der ehemaligen französischen Republiken Schwarzafrikas verloren hat, kann auf diese Weise seine hervorragende Rolle gleich Le Havre und Antwerpen wiedergewinnen. Kein Nationalökonom wird heute die Notwendigkeit einer Verbindung vom Pariser zum rheinländischen Becken verkennen. Aus diesem Grund beglückwünscht sich die Öffentlichkeit zur Vollendung der Arbeiten. Diese Flußverbindung vereinigt für die Jahrhunderte die Mosel mit dem großen deutschen Fluß, der vorher nur die natürliche Grenze bewaffneter Wachtposten war.

Die Hilfe an Afrika

Die Bedeutung der gewaltigen afrikanischen Gebiete für Frankreich ist bekannt. Dennoch hat Afrika in diesen Tagen eine schlechte Presse. Unter dem Einfluß des sogenannten «Cartierismus[1]» neigt die französische öffentliche Meinung zur Annahme, Afrika koste mehr als es einbringe, und das Geld des französischen Steuerzahlers sei besser angelegt im Aufbau des Cantals als in dem Guineas oder in der Modernisierung der Quellgebiete der Loire als in der Sahara.

So verführerisch solche Gedankengänge auch sein mögen, sie führen schließlich dazu, die Politik der mutigen militärischen und zivilen Pioniere des 19. Jahrhunderts abzulösen durch eine Politik mit beschränktem Horizont. Auf Afrika zu verzichten wird als gutes Geschäft dargestellt, das eine neue Phase der Expansion im Mutterland begünstigen könnte. In diese Widersprüche Licht zu bringen, ist nicht einfach. Zwei Argumente bleiben jedoch unserer Meinung nach unwiderlegbar: 1. Keine Investition wird in Frankreich die Naturreichtümer zutage fördern, die nicht vorhanden sind. 2. Frankreich kann heute ebensowenig wie die anderen westlichen Staaten die Entwicklungsländer dem Hunger und der Unsicherheit überantworten. Ein Jahrhundert lang hat es mehr als andere zu ihrer Kolonisierung beigetragen. Trotz des abschätzigen Klangs dieses Wortes, über das wir nicht zu erröten haben, ist dies Werk noch nicht zu Ende; viele sind der Ansicht, man müsse es fortsetzen. Offenkundig ist jedoch, daß Frankreichs Afrikahilfe nicht darin bestehen kann, Scheinregierungen an der Macht zu halten, die nur deshalb bestehen, weil Frankreich sie in einem gewissen Zeitpunkt unterstützte und beschützte, indem es sie als das geringere Übel ansah. Unserer Meinung nach muß vorab Schwarzafrika weiterhin Hilfe geleistet werden, unter der Bedingung, daß die afrikanischen Völker in föderativer Form ein für

beide Teile vorteilhaftes afro-europäisches Zusammenwirken akzeptieren. Um diesen Preis werden die jungen afrikanischen Staaten ihre inneren Schwierigkeiten überwinden und sich die fehlende politische Reife erwerben. Wird man das als Neokolonialismus verschreien? Vielleicht, doch wird in jedem Fall der Vorwurf des Kolonialismus erhoben werden. Dieses bequemen Themas wird sich die kommunistische Propaganda nicht entschlagen, selbst wenn die französische Hilfe sogar unentgeltlich wäre. Es braucht eine große Unkenntnis der afrikanischen Probleme und die für einige schwarze und weiße Intellektuelle kennzeichnende Voreingenommenheit, um diese unerläßliche Vermengung von Europa und Afrika abzulehnen, die für beide notwendig ist.

In Afrika findet Europa in der Tat jene Raumreserve und jene Rohstofflager, die Rußland und die USA in ihrem eigenen Land besitzen. Man hat es oft wiederholt: die Entwicklungshilfe der europäischen Staaten, vorab Frankreichs, ist nur dann gerechtfertigt, wenn sie für die Spender wie für die Empfänger gleicherweise nützlich ist. Deshalb muß sie in vernünftigen Grenzen bleiben und soll nicht Privatkonten in der Schweiz oder anderswo speisen, zum Schaden der rechtmäßigen Empfänger. Die Hoffnung ist erlaubt, daß diese Hilfe dereinst einer politischen Assoziierung den Weg ebnet. Dies war von jeher die kluge Ansicht Houphouet-Boignys, der nicht müde wird, organische Bindungen zwischen Unterstützern und Unterstützten zu fordern. Man erinnert sich aus den Tagen der verblichenen «Französischen Gemeinschaft» an seinen berühmten Ausspruch: «Ich blieb auf den Stufen der Communauté stehen, einen Strauß verblühter Blumen in der Hand.» Der Wunsch nach Assoziierung, den dieser bilderreiche Satz ausdrückt, wurde leider nicht erfüllt.

Nach genauer und methodischer Untersuchung bezifferte Marcel Pellenc, Hauptvortragender des Budgets, die französische Finanzhilfe auf zwölf Milliarden neuer Francs. Diese Subvention macht viermal mehr aus als Deutschlands Entwicklungsbeistand, sie ist höher als diejenige Sowjetrußlands und Amerikas und erreicht, nach Marcel Pellenc, die Hälfte der Frankreich selbst zugewandten Investitionen. Diese Tatsachen scheinen im Widerspruch zur französischen Haltung zu stehen und den von den Cartieristen geforderten Verzicht auf Afrika zu rechtfertigen. Aber wer Cartiers Argumente als Ausgangspunkt eines neuen und fabelhaften Aufschwungs im Mutterland zustimmt, macht sich viele Illusionen. Seine Art das Problem zu stellen, hat nur den Anschein von Logik. Sie scheitert vor allem daran, daß Frankreich offensichtlich auf seine lange Vergangenheit als afrikanische Großmacht ebenso wenig verzichten kann wie Rußland nie daran dachte, die vom Zar eroberten asiatischen Gebiete aufzugeben.

Wahr ist, daß die französische Hilfe fortgeführt werden soll, aber in den Grenzen des Möglichen, und daß sie nicht zur Aufrechterhaltung politischer Fiktionen sowie dem Überleben regional verurteilter Regierungen dienen darf. Die Lösung muß in einer afro-europäischen Zusammenarbeit gesucht werden, die nur föderativ sein kann.

Eine Wendung der französischen Politik

Verschiedene Ausbrüche schlechter Laune machten sich kürzlich Luft, die den Eindruck erwecken können, Frankreich wolle in London und Washington einen Willen zur Unabhängigkeit und zur Isolierung ausdrücken, der seine natürlichen Bündnisse sowie das Einverständnis des Westens schädige. In der Zypernfrage ging die französische Regierung auf die Linie Moskaus und Prags. Tags zuvor stimmte in Genf der französische Vertreter zugunsten der Zulassung Rotchinas in die Weltgesundheitsorganisation und unterstützte wenig später auch die chinesische Kandidatur in der Wirtschaftlichen Kommission, einem Sonderausschuß der UNO. Dieser neue Vorstoß gibt zu denken. Man weiß, daß die französische Regierung sich zugunsten der Neutralisierung Südvietnams aussprach, obwohl diese Konzeption seitens der Mitgliedstaaten der SEATO, vor allem der USA, der Philippinen und Thailands auf Zurückhaltung stieß. Unsere Leser wissen, daß das kommunistische Regime in Hanoi dem

Umsturz in Südvietnam Vorschub leistet. Die Verletzung der Genfer Verträge von 1954 und 1962 ist jedoch nichts Unbedeutendes. Deshalb kann man sich nur wundern und bedauern, auch wenn man der Regierung Respekt entgegenbringt, daß Frankreich sich öffentlich von seinen Verbündeten desolidarisiert, als gäbe es in seinen Augen keine kommunistische Gefahr, die sich in den letzten Monaten in Vietnam besonders heftig äußerte. Bezeichnend ist es übrigens, daß auf dem letzten Kongreß der kommunistischen Partei Frankreichs die Innenpolitik der Regierung, nicht aber ihre Außenpolitik kritisiert wurde.

Denkt man über die Triebkräfte der heutigen französischen Politik nach, kommt man nicht umhin, den von den Verantwortlichen vorgebrachten Argumenten Grundlagen zuzuerkennen, die höchst diskutabel sind. Wir werden sicher nicht sagen, die fünfte Republik habe Frankreich nicht seinen Platz in der Welt zurückgegeben. Aber wo sieht man den Beweis, daß die «unvermeidliche», «unausweichliche», «unumkehrbare» Entwicklung der internationalen Beziehungen Europa einen bestimmten Weg gewiesen hätte, den einzuschlagen ihm widerstrebt. In seiner unerschütterlichen Überzeugung, immer Recht zu haben, glauben wir in dem «einsamen und hochmütigen großen Mann», um Léon Blums Charakterisierung de Gaulles zu gebrauchen, ein ablehnendes Vorurteil jedem fremden Gedanken gegenüber zu erkennen. Daß er in sich verkörpern will, was man früher die «fundamentalen Gesetze des Königreichs» nannte, beunruhigt unablässig die republikanisch gesinnte Öffentlichkeit. Der Staatschef befragt trotz aller Referenden weder das Volk noch seine Abgeordneten. Die Leere, die er damit schafft, ist beängstigend. Verheimlicht er, wie einige glauben, irgendein großes Ziel, das er nur mit vollem Vorbedacht enthüllen wird? Das ist möglich. Einstweilen begrüßen es jedoch viele, daß die persönlichen Anschauungen des Generals sich in dem berechtigten Wunsch äußern, die Hände frei zu behalten und einer Politik der Unabhängigkeit zu folgen.

Zweifelsohne läßt sich eine Revision des atlantischen Bündnisses denken; wir verstehen den in einigen politischen Kreisen ausgedrückten Wunsch, die Beziehungen zwischen Europa und den USA auf andere Grundlagen zu stellen. Aber liegt es nicht auf der Hand, daß diese Umformung nur nach gemeinsamer Übereinkunft und in völliger Gleichberechtigung geschehen kann, ohne daß einer der Partner sich eine Vorherrschaft anmaßt, die, einmal anerkannt, eine unannehmbare Abhängigkeit zwischen Schützlingen und Beschützer einführen würde. Die Revision des Atlantikpakts drängt sich heute auf, aber viele vertreten die Auffassung, daß es keinesfalls in Frage kommt, die westliche Solidarität zu sprengen, welche auf höherer Ebene die Verteidigung der freien Welt sichert.

Wolken über Südostasien

Zehn Jahre nach Dien Bien Phu sehen sich die USA in Vietnam in einen jeden Tag hinterhältigeren Krieg verwickelt, in dem die Probleme wieder auftauchen, die die Franzosen sehr wohl kennen: ein ungreifbarer Feind, eine Komplizität der Bevölkerung, eine demoralisierte Armee, oder noch schlimmer: Soldaten in den antikommunistischen Reihen, die sich weigern zu kämpfen.

Anderseits sieht man, daß Peking, während die Dinge in Asien ihren Lauf nehmen, Fühler nach Japan und Europa ausstreckt, mit Pakistan, Ceylon und demnächst Kambodscha Militärabkommen schließt. Was es auch immer mit der Verwirrung in Südostasien auf sich haben möge, die Feststellung bleibt interessant, daß Tschiang Kai-scheck General de Gaulles Haltung Rotchina gegenüber das Verdienst zuerkennt, die Regierung in Washington auf die chinesischen Ansprüche in jener Gegend aufmerksam gemacht zu haben, wo die USA, bei allen Entspannungsbestrebungen, eigene militärische Anstrengungen unternimmt.

Allem Anschein nach ist die französische Initiative, die nach Peking und Hanoi zielt, die wenigst schlechte. Walter Lippmann begrüßt sie in der Meinung, sie ergänze die in Saigon unternommenen amerikanischen Militärbemühungen. Die vom französischen

Staatsschef gepriesene Neutralisierung erscheint als das geringere Übel, vielleicht auch als das einzige Mittel, der Sackgasse zu entrinnen, die sich nach den Spannungen in Laos noch deutlicher abzeichnet. Die Verständigungsmöglichkeit zwischen Frankreich und den USA bleibt sehr beschränkt; die Gespräche General de Gaulles mit Johnsons Sonderbeauftragtem George Ball brachten keine Annäherung der französischen und amerikanischen Anschauung. In den Augen der Europäer, Zeugen des indochinesischen Durcheinanders, ist der Beweis erbracht, daß die Übelstände in Laos eine internationale Intervention, mit andern Worten: eine neue Genfer Konferenz, verlangen, die die vierzehn Signatarmächte der Laos-Deklaration von 1962 um den grünen Tisch versammeln müßte.

Die Argumentation der französischen Regierung lautet, das von den Unterzeichnern nicht mehr eingehaltene Abkommen von 1962 sei praktisch hinfällig geworden, es bleibe deshalb nichts anderes übrig, als eine neue internationale Konferenz, die den Wünschen Großbritanniens, der Sowjetunion und Frankreichs sowie — und das ist zweifelhaft — denen der USA entspreche.

Die amerikanischen Diplomaten in Südostasien behaupten, ernsthafte Gründe zur Klage über die Haltung Frankreichs zu haben, das sie bezichtigen, die amerikanische Vietnam-Politik zum Scheitern zu bringen. Es ist nicht an uns, solche Aussprüche zurückzuweisen, sondern nur zuzugeben, daß sie eine beklagenswerte Einstellung bezeugen, von der man wünscht, sie möchte nur vorübergehend sein. In Tat und Wahrheit weigert sich Frankreich, sich der amerikanischen Asienpolitik zu verbünden, wie die USA im Indochina- und Algerienkrieg sich von der französischen Asien- und Afrikapolitik distanzierten. Die grundlegende Frage des Atlantikpaktes stellt sich heute also angesichts der Expansion der asiatischen Welt unter völlig anderen Bedingungen als zur Zeit des Vertragsabschlusses. Der Antagonismus zwischen der amerikanischen und in gewissem Sinn auch englischen Konzeption und der französischen, der sich die Bonner Regierung anzunähern scheint, wird auf die eine oder andere Weise eine Lösung finden müssen. So wird man zum Schluß gedrängt, daß der Friede die Beseitigung der Konsequenzen des letzten Weltkrieges voraussetzt, das heißt die Aufhebung der Teilung Deutschlands, die das unverhoffte Ende der Teilung Europas bedeuten würde.

Aber ist Europa bereit, den USA gegenüberzutreten? Seine politische Einigung ist von der Verwirklichung weit entfernt. Die gaullistischen Forderungen haben Frankreich isoliert und führen es auf einen Weg abseits von seinem europäischen Schicksal. Und doch hat der Einsatz historische Ausmaße. Sie könnten der Anfang eines fabelhaften neuen Aufschwungs des Westens sein und lange Zeit die Sicherheit der freien Welt gewährleisten. Man kann von ihnen die Ausweitung der Wirtschaftsbeziehungen über die ganze Welt erwarten, die jede Autarkiebestrebung verunmöglichen würde. Als Schlußfolgerung wollen wir Raymond Arons Worte aus dem *Figaro* vom 20. Mai zitieren, die den Akzent auf immer die gleichen heiklen Punkte der französischen Position setzen: «Weder die diplomatischen Nuancen, noch Frankreichs strategische Kernwaffen, noch General de Gaulles theoretischer Widerstand gegen die Methoden der Integration werden den Atlantikpakt am Weiterleben hindern. In Gefahr stellen würden ihn einzig die Reformer, die ungeduldig nach einer Lösung in der Übereinstimmung oder im Bruch suchen.»

Die heutige Lage in Madagaskar

Von allen früheren Kolonien Frankreichs hat Madagaskar als erste seine Unabhängigkeit proklamiert und bewahrt dennoch die engsten und freundschaftlichsten Beziehungen zu Frankreich. Eine Untersuchung von Philippe Decraene im *Monde* lenkte die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die «Große Insel». Die geographische Lage bestimmt die Politik der madegassischen Regierung, vorab die ihres sympathischen Chefs, des unermüdlichen Freiheitsführers Tsiranana.

Unbestreitbar fürchten die Verantwortlichen in Tananarive eine kommunistische Subversion, weshalb sie auch — vielleicht

mit einiger Übertreibung — eine Politik der Vorkämpferschaft der freien Welt betreiben. Diese Haltung bringt ihnen die Sympathie der einen, den Spott der andern ein, je nachdem man an die Gefahr des Kommunismus glaubt oder nicht. Mit unerschütterlicher Gelassenheit erträgt Tsiranana die Kritik zahlreicher Zauberlehrlinge in den Redaktionsstuben seiner Hauptstadt, die Pekings Drohung über jenen Teil des australischen Raums nicht ernst nehmen wollen. Auf internationalen Zusammenkünften innerhalb der alten afrikanisch-madegassischen Union oder der Organisation für die Einheit Afrikas wies er unaufhörlich auf die Lage der Insel hin: Vorstufe nach Afrika und Abwehrwall gegen Asien zu sein. Die Besonderheit der heutigen Regierung macht ihre völlige Unabhängigkeit sowohl von den dreizehn ehemaligen französischen Negerrepubliken wie von Frankreich selbst aus, das Peking anerkannte, während Tananarive es nach wie vor als Hauptfeind betrachtet.

Mit Interesse wird man festhalten, daß eines der Hauptziele Tsirananas darin bestand, mit der alten politischen Tradition der Merina-Fürsten des 19. Jahrhunderts wiederanzuknüpfen. Trotz der wirtschaftlichen Unsicherheit ihrer Insel behielt diese ständig die Beziehungen mit dem Ausland im Auge. Heute schließt die Regierung Madagaskars mit Israel oder Nationalchina Freundschafts- oder Handelsabkommen, in der Absicht, den nichtkommunistischen asiatischen Staaten sich zu nähern. Lokale Gründe nötigen dazu. Hauptsächlich die Gegenwart indischer (15 000) und chinesischer (10 000) Minoritäten, denen man 50 000 Comorer und 52 000 Franzosen zuzählen muß, welch letztere laut Tsiranana den «zwanzigsten Stamm der Großen Insel» darstellen. Gleich den Franzosen seit ungefähr hundert Jahren in Madagaskar ansässig, haben sich die Chinesen den Eingeborenen vollkommen angepaßt. Sie sind wohlgelitten und wissen sich durch ihr Kaufmannstalent unentbehrlich zu machen. Die Inder jedoch, ebenfalls Kaufleute, schließen sich von der madegassischen Bevölkerung eher ab, ja sind ihr feindlich und vermeiden es, sich mit ihr zu vermengen. Sie halten den Baumwoll-En-gros-Handel in ihren Händen und legen den größten Teil ihrer Einkünfte in Häusern an. Von sehr wenigen Ausnahmen abgesehen, bleiben sie, wie die Chinesen, der Politik fern und tragen keine Staatsverantwortung. Doch gilt es hier hinzuzufügen: unter den gegenwärtigen Umständen. Wahrscheinlich würde sich dieser Sachverhalt schnell ändern, wenn die Macht Tsirananas nachließe. Von einer kommunistischen Psychose in Madagaskar zu sprechen, ist indes eine Übertreibung. Das Regime, das der «Vater des Vaterlands» aufgebaut hat, und das sich zur Hauptsache auf die Küstenbewohner stützt, im Gegensatz zu den Merinas, den Einwohnern der Hochebene, scheint nach wie vor festgegründet. Daß er einmal die Rinder seines Vaters hütete, hat ihn populär gemacht. Eine untrübbare Vernünftigkeit, eine Hartnäckigkeit, verbunden mit einem Sinn für die madegassische Wirklichkeit, machen aus ihm einen der anziehendsten und wirksamsten Staatsmänner der alten Communauté.

Von Madagaskars Fähigkeit, eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Frankreich aufzubauen, wird es abhängen, ob die Insel im westlichen Einflußkreis bleibt oder ins östliche Lager abgleitet, wohin es seine Öffnung zum Indischen Ozean hinzieht. Würde dieses Drama Wirklichkeit, so würde eine Seite der Geschichte des Westens umgeblättert; die europäisierte Welt am Wendekreis des Steinbocks, aufgebaut durch die Stetigkeit und Geduld der zusammenlebenden Menschen, hätte aufgehört zu bestehen. Wir wären nicht die einzigen, dies zu bedauern.

Jean de Saint-Chamant

[1] Darunter versteht man die von Raymond Cartier in einer Artikelreihe in Paris-Match vorgetragene Auffassung, Frankreich laufe Gefahr, sich in Afrika festzufahren, während die Erschließung des Mutterlandes viel zu wünschen übrig lasse. Er schreckte nicht davor zurück, Frankreichs gesamte Entwicklungshilfe in Frage zu stellen und versuchte zu beweisen, daß diese Hilfe dem Land Mittel entziehe, die mit größerem Nutzen für seine innere Ausgestaltung verwendet würden.

Internationale Wirtschaftsprobleme

Die wiederholten Enttäuschungen im Gefolge der ergebnislosen Bemühungen um Fortschritte in der *europäischen Integration* zusammen mit einer Art zorniger Verblüffung über den fundamentalen Gegensatz zwischen der in den Wirtschaftsblöcken zur Schau getragenen Rücksicht auf Außenseiter und der dort angewandten Praxis des Protektionismus gegen Dritte haben es bewirkt, daß die Wirtschaftszeitschriften in den Monaten März bis Mai 1964 den Brückenschlag zwischen dem Gemeinsamen Markt und der Kleinen Freihandelszone fast völlig aus ihrem Register gestrichen haben. Dem «Unbehagen um die Integration» verleiht nur die Zeitschrift «Deutschland-Schweiz» im März Ausdruck; der «Economist» bezeichnet bemerkenswerter- und erfreulicherweise am 4. 4. als Ziel für die britische Politik nach wie vor den Anschluß an Europa. Allerdings ist es auf der anderen Seite nicht zu verkennen, daß sich in England die Stimmen mehren, die für eine Verstärkung des Bündnisses innerhalb des Commonwealth optieren. Eine «unsichtbare Integration in Westeuropa» erblickt der «Wochenbericht» des Zürcher Bankhauses Bär vom 21. 5. darin, daß Frankreich sich neuerdings anschickt, den «Primat der Integration gegenüber der Souveränität» in der EWG anzuerkennen. Der deutsche Wirtschaftsminister Schmücker hat sich in einem Zürcher Vortrag mit der «europäischen Wirtschaft in deutscher Sicht» beschäftigt; vgl. dazu die «NZZ», Nr. 87 vom 29. 3., und «Finanz und Wirtschaft» («FuW») vom 1. 4.

Um so lebhafter war das Interesse der Wirtschaftspresse für die zur Zeit in Genf stattfindenden internationalen Konferenzen, von denen die erste, die unter der Ägide der Vereinten Nationen stehende *Welthandels- und Entwicklungskonferenz* mit der Beteiligung von 121 Nationen am 23. 3. den Reigen eröffnet hat. Die von ihr verfolgten Ziele finden in «La Suisse Horlogère» («Horlogère») vom 26. 3., in der Wiener «Industrie» vom 27. 3. und in den deutschen «Gewerkschaftlichen Monatsheften» vom April ihre Würdigung. Zu den Problemen der Welthandelskonferenz liefert Hans Schüßler im Frankfurter «Volkswirt» vom 13. 3. eine interessante Anregung mit seinem Beitrag: «Zollpräferenzen als Entwicklungshilfe»; die «Nouvelles» der Genfer Wirtschaftskommission für Europa veröffentlichen dazu im März «mehrere Studien» aus dem Bereiche der Handelspolitik. Das Heft I, 1964, der «Außenwirtschaft» enthält Darstellungen namhafter Wirtschaftstheoretiker über das Thema: «Die westlichen Industriestaaten im Kreuzfeuer der Welthandelskonferenz». — Wichtiger noch, weil von ihrem Ergebnis das ökonomische Schicksal der Welt beeinflußt werden muß, ist die im Rahmen des *GATT* seit dem 4. 5. in Genf tagende sogenannte *Kennedy-Runde*, eine der von Zeit zu Zeit mit namhaftem Erfolg unternommenen Bemühungen um Verminderung der Handelsschranken zwischen den Staaten. Der eben zitierte «Volkswirt» wartet am 24. 4. und der «Economist» am 2. 5. mit nicht sehr hoffnungsvollen Prognosen für den Erfolg dieser Kennedy-Runde auf. «Die Schweiz und die Kennedy-Runde» hat die «Revue Economique Franco-Suisse», auch anhand eines Artikels von Minister Weitnauer, zum zentralen Thema in ihrer Nr. 1/1964 gemacht. Auch die «Horlogère» geht am 21. 5. auf die «Eröffnung der Kennedy-Runde» in Genf ein. *Im übrigen* beschäftigt sich die «Schweizerische Handelszeitung» («SHZ») am 3. 4. mit der Frage, ob die Schweiz sich um die Vollmitgliedschaft beim GATT bewerben soll.

Anregend ist in der «Schweizerischen Arbeitgeber-Zeitung» («SAZ») vom 9. 4. der einleitende Artikel von E. Hübscher über die «weltwirtschaftlichen *Konjunktur*perspektiven für 1964», unter denen dem Verfasser «England und Westdeutschland als Spitzenreiter» erscheinen. Der Präsident des Verwaltungsrates, Dr. S. Schweizer, hat am 6. 3. in der Generalversammlung des Schweizerischen Bankvereins über «internationale und nationale Konjunktur- und Wachstumsprobleme» gesprochen; vergleiche dazu das

«Bulletin» Nr. 2 der Bank. Roger Auboin (Paris) bezeichnet in der «NZZ», Nr. 131 vom 13. 5., «die Inflation in Europa als ein internationales Problem». — Der «Wochenbericht» von Bär untersucht am 5. 3. die Möglichkeiten einer «*Währungs*union und -fusion». In Sorge um die Zukunft der internationalen Währungsordnung hat Professor Dr. E. Salin einen Artikel «Devisen-Bann-Wirtschaft» zu Beginn des «Kyklos», Fasz. 2 von 1964, geschrieben. — In der Genfer «Wirtschaftsrevue» vom März erörtert der Generaldirektor der Italsider, G. L. Osti, «gemischte Unternehmungen als Formel für Entwicklungsländer».

Im übrigen sind noch folgende Arbeiten unterschiedlichen Inhalts der Beachtung zu empfehlen: «FuW» bringt am 11. 3. eine aktuelle Darstellung der «Entwicklung der Chemiefasern in der Welt». In der Wiener «Industrie» vom 13. 3. nennt Dr. Rudolf Weiler die Verstaatlichung ein «Danaergeschenk». Eine «Modellanalyse der Unternehmerverbände» findet sich im deutschen «Arbeitgeber» vom 20. 3. Das New Yorker Magazin «Challenge» läßt im März eine Reihe einflußreicher Praktiker zu den Problemen der «wirtschaftlichen Erziehung» zu Worte kommen. In der «Gewerblichen Rundschau» vom März charakterisiert der Wiener Professor Dr. W. Heinrich «die Umschichtung der modernen Industriegesellschaft». Professor Dr. E. Küng forscht in der «Betriebsführung» Nr. 3 nach der Ursache für die heute weitverbreitete «soziale Unzufriedenheit». Endlich wird im «Wochenbericht» von Bär am 9. 4. nach der Funktion des Privateigentums in Wirtschaft und Gesellschaft gefragt.

Aus der Schweizer Wirtschaft und von ihren Problemen

Über die *konjunkturelle und strukturelle Lage* der Schweizer Wirtschaft liegen namentlich die folgenden Äußerungen vor: Der «Börsenbrief» der Schweizerischen Kreditanstalt enthält anfangs März einen Beitrag mit dem Titel: «Vom Wuchsdenken zum Rentabilitätsdenken». In der «SAZ» vom 19. 3. sind die Bestimmungen des Bundesrates über die «Beschränkung der Zulassung ausländischer Arbeitskräfte» abgedruckt. Professor Dr. E. Tuchtfeldt schildert im Hamburger «Wirtschaftsdienst», Nr. 3, die «Konjunktursorgen der Schweiz». Mit den konjunkturpolitischen Maßnahmen des Bundesrates beschäftigt sich auch Nationalrat Dr. H. Häberlin im Leitartikel der von ihm herausgegebenen «Werkzeitung» im März. Die Genfer «Wirtschaftsrevue» liefert im April eine Studie aus der Feder des Oxforder Professors Colin Clark über «das wirtschaftliche Wachstum der Schweiz» und im Mai ein Gespräch mit Professor Dr. F. Kneschaurek zum gleichen Thema. «Schweizer Wirtschaft im Examen» nennt der deutsche «Arbeitgeber» seinen Spitzenartikel am 20. 4. In einem Wochenbericht untersucht die «SAZ» am 30. 4. «die Bautätigkeit 1963 und das Bauvorhaben 1964» in der Schweiz. Die amtlich verlegte «Volkswirtschaft» hat als Mitteilung Nr. 165 der Kommission für Konjunkturbeobachtung deren Bericht über «die schweizerische Konjunktur im Jahre 1963 und Ausblick auf 1964» verbreitet. «Das Wachstum der schweizerischen Volkswirtschaft» nennt die Schweizerische Bankgesellschaft eine soeben erschienene Broschüre. Unter dem Sammelbegriff: «Ein Jahrhundert schweizerischer Wirtschaftsentwicklung» widmet sich Dr. R. Zollinger in der «Schweizerischen Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik», Heft 1/2, den von der «Bevölkerungs- und Gesellschaftsstruktur» aufgeworfenen Problemen. — Auf die «zunehmende Bedeutung Europas für die schweizerische *Ausfuhr*» weist der «Monat» vom März im Verlage des Schweizerischen Bankvereins hin. In der Steuer-Revue» vom Mai stellt Professor Dr. E. Küng Betrachtungen an über Vorzüge und Nachteile von «Gleitzöllen». — In *sozialpolitischer Beziehung* ist eine Charakteristik der Höchstarbeitszeit im Arbeitsgesetz wertvoll, mit der die «SAZ» am 5. 3. aufwartet. Auch die «Gedanken zur öffentlichen Lohnpolitik» im «Splitter» (März) aus der Schriftleitung der Schweizerischen Volksbank sind instruktiv. — «Die *steuerliche* Behandlung von Vorgängen, die zu einem Zusammenschluß von Unternehmen führen», beleuch-

tet die «Steuer-Revue» im März, «die fiskalische Förderung des privaten Sparens» Dr. K. Michel in der «SAZ» vom 23. 4. Der «Monat» des Schweizerischen Bankvereins liefert im April eine Definition des Begriffes «Leasing». Dr. Heinz Weidmann erörtert in der «Steuer-Revue», Heft 4, «die Besteuerung von Kapitalgewinnen in der Schweiz».

Schließlich wäre noch auf die folgenden Artikel hinzudeuten, die mancherlei Bemerkenswertes über die Schweizer Wirtschaft enthalten: Zum «Wesen der Unternehmungsführung und zu den Anforderungen an den Unternehmer» ergreift Professor Dr. H. Ulrich die Feder zu einem Artikel an der Spitze der «SAZ» vom 12. 3. Das «Bulletin» der Schweizerischen Kreditanstalt gibt in Nr. 1/1964 die Ansprache ihres Präsidenten F. W. Schultheß in der letzten Generalversammlung der Bank «über die Freiheit des wirtschaftenden Menschen» wieder. Das Referat des Vorsitzenden im Verwaltungsrat der Schweizerischen Bankgesellschaft, Dr. h. c. Richner, in der Generalversammlung des Unternehmens am 12. 3. bezog sich auf «Wirtschaftsentwicklung und Ausbildung», siehe das «Bulletin» der Bank, Nr. 1 von 1964. In den «Wochenberichten» von Bär sind am 19. 3. die Darlegungen über Umfang und Bedeutung des «Volksvermögens» und am 2. 4. die humorvolle Skizze: «Das Wirtschaftswunderland Schweiz» unterhaltsam. Der verantwortliche Redaktor der «SAZ» H. Allenspach analysiert am 2. und 9. 4. in seiner Wochenzeitschrift die sonst selten bewerteten «Personalzeitungen in der Schweiz» nach Entwicklung, Auflagenhöhe und Erscheinungsweise»; dazu äußert sich auch ergänzend W. Keller in der «SAZ» vom 21. 5. Des hundertjährigen Jubiläums der Schweizerischen Rückversicherungs-Gesellschaft vom 11. 3. gedenken die «SHZ» am 12. 3. und die «Schweizerische Versicherungs-Zeitschrift» vom März und April; vgl. dazu auch «FuW» vom 27. 5. Im März findet sich dort auch ein Aufsatz von Professor Dr. M. Großmann: «Rückversicherung vor 100 Jahren.» Zur diesjährigen Basler Mustermesse vom 11. bis 21. 4. lassen sich «Horlogère» vom 9. und 16. 4., die «Betriebsführung» und die «Production», beide vom April, vernehmen. Die Lausanner Landesausstellung bewerten «Horlogère» am 30. 4. und die «Schweizerische Gewerbe-Zeitung» am 2. 5., diese letztere heißt auch am 16. 5. die Delegierten zum diesjährigen Gewerbekongreß in der Stadt der «Expo» herzlich willkommen. Der Generalsekretär des Volkswirtschaftsdepartements, Dr. K. Huber, referiert in einer Sonderbeilage zur «SHZ» vom 9. 4. über die erfreulichen «Erfahrungen mit dem neuen Uhrenstatut». «Die schweizerische Werkzeugmaschinen-Industrie» findet in den «Wirtschaftspolitischen Mitteilungen» der Wirtschaftsförderung im April mit Dipl.-Ing. M. U. Brunner einen kundigen Sachwalter. Die «Wirtschafts-Notizen» der Schweizerischen Bankgesellschaft enthalten im Mai einen Beitrag: «Schweizer Nationalstraßen, Treibstoffzölle und Benzinpreis.» Zum Abschluß sei wie üblich das monatlich wiederkehrende «Archiv für schweizerische Wirtschaft und Wirtschaftspilitik» in seiner gewohnten Geschlossenheit und Übersichtlichkeit rühmend hervorgehoben.

Wirtschaftsinformationen über die USA

In konjunktureller Hinsicht gibt der «Economist» am 25. 4. seiner Überzeugung Ausdruck, daß in den USA ein «Superboom» nicht zu erwarten ist. Ergänzend dazu versichert «FuW» am 18. 4., daß «Die Expansionsphase dort anhält», und am 25. 4., daß «die Fortdauer des USA-Booms auch 1965 wahrscheinlich» sei. Die Wiener «Industrie» wird am 15. 5. aus New York darüber aufgeklärt, daß der «USA-Boom dort alle Rekorde schlägt». — Die Zeugenvernehmungen vor der Tarifkommission in Washington über die Uhren*zölle* am 13. 3. fanden die gespannte Aufmerksamkeit der «Horlogère» am 26. 3. und 2. 4. Am 10. 4. glaubt die Wiener «Industrie» Anzeichen dafür registrieren zu können, daß die «Neigung zu Zollsenkungen drüben wächst». — *Endlich* ist festzuhalten, daß das Aprilheft des Magazins «Challenge» der Behandlung der von Präsident Johnson eingeschlagenen Wirtschaftspolitik gewidmet ist und daß der «SAZ» am 18. 4. die Stagnation im Mitgliederbe-

stand der amerikanischen Gewerkschaften bemerkenswert erscheint.

Wirtschaftsinformationen aus sonstigen Ländern

Aus Europa: Vom Wirkungsbereiche der *Benelux*-Staaten her bezeichnet die Wiener «Industrie» am 8. 5. die Tätigkeit der «Zentralorganisation für angewandte naturwissenschaftliche Forschung in den Niederlanden» als vorbildlich. — Wieder ist es diese Zeitschrift, die am 20. 3. ihre Leser über die Leistungen der «*deutschen* Gewerkschaften als Unternehmer» verständigt. In einem «Finanzbrief aus Deutschland» bringt «Fu W» am 11. 4. Informationen über den dortigen finanzpolitischen Gesprächsstoff. «Horlogère» bezeichnet am 7. 5. die «Spezialisierung der Produktion» als das entscheidende Problem für die deutsche Uhrenindustrie. Aus dem Inhalt der rührigen Zeitschrift «Deutschland-Schweiz» vom Mai ist der Leitartikel: «Die Wirtschaftsbeziehungen Stuttgarts mit der Schweiz» bemerkenswert. — Dr. Walter B. Bing nimmt am 15. 3. und 1. 4. in der Frankfurter «Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen» («Kreditwesen») das Wort zur «*französischen* Stabilisierungspolitik» auf dem Felde der Wirtschaft und der Finanzen. «Energiepolitik in Frankreich — Konzeption und Vollzug» heißt ein Artikel, den Professor Dr. Hans K. Schneider dem Hamburger «Wirtschaftsdienst vom April» zur Verfügung gestellt hat. — Die «Lohnpolitik *Großbritanniens* im Schatten der Neuwahlen» hat am 5. 3. das Interesse des deutschen «Arbeitgebers» gefunden. Die Wiener «Industrie» meldet am 1. 5., daß «Großbritannien die Umsatzsteuer-Reform in mustergültiger Art diskutiert». Für den «Economist» vom 2. 5. ist es bedeutsam, daß der britische Export nach der EFTA und dem Commonwealth sich verstärkt. Lotha Philipps verweist in einem Beitrag zum Frankfurter «Volkswirt» vom 8. 5. auf die kommende «Neuordnung der Commonwealth- und Europa-Beziehungen» in England. Die Wiener «Industrie» läßt sich am 29. 5. aus London darüber informieren, daß England «groß ins Ostgeschäft einsteigt» und dabei durch politische Bedenken nicht gehindert wird». — Für die «NZZ» sind die Vorgänge in der *italienischen* Wirtschaft ein geschätzter Gesprächsstoff: am 16. 3. (Nr. 75) schildert sie «die internationale Finanzhilfe für Italien» und am 17. 3. (Nr. 78) in italienischen Kommentaren «die Auswirkungen dieser Hilfe»; am 24. 4. geht sie in Nr. 112 auf die «Erschwerung des Importhandels in Italien» ein. In ausgedehnter Form beleuchtet der «Economist» am 28. 3. ökonomische Begebnisse in Italien. Der deutsche «Arbeitgeber» vom 5. 4. zeigt sich besorgt über die «Fortdauer der Vertrauenskrise» in Italien, und auch die «SHZ» weiß am 16. 4. darüber zu berichten, daß sich die dortige Wirtschaft «auf des Messers Schneide» bewegt. — Bezüglich der *nordischen Staaten* spricht die Wiener «Industrie» am 3. 4. von einem «drohenden Arbeitskonflikt in Schweden»; und im «Vierteljahresbericht», Nr. 1 von 1964, der Skandinaviska Banken beschreibt deren Herausgeber, Direktor Torsten Carlsson «die Strukturrationalisierung der schwedischen Industrie». Von «Konzentrationsbewegungen in Schweden» berichtet die «SAZ» am 21. 5. — Nach wie vor werden die «Informationen» als Orientierungsquelle in bezug auf die *österreichische* Wirtschaft von Interessenten gern gelesen. In der «NZZ» vom 21. 3. (Nr. 80) wird die «österreichische Zahlungsbilanz 1963» detailliert. Mit Genugtuung meldet die Wiener «Industrie» am 12. 4. die «sprunghafte Exportsteigerung» Österreichs im Februar; sie unterstreicht am 24. 4. den Ausspruch des Handelsministers Dr. Bock: In den Verhandlungen mit der EWG über eine Assoziierung Österreichs «habe Brüssel nun das Wort». Genaueres über den Außenhandel Österreichs im 1. Quartal 1964 erfährt man aus der Wiener «Industrie» vom 22. 5.

Aus der übrigen Welt: In einem Artikel ermuntert die Wiener «Industrie» am 10. 4. mit Nachdruck die Exporteure zur Forcierung der Ausfuhr nach dem *Schwarzen Erdteil.* — David Goldrich fragt im «Challenge» vom Mai: «Reform oder Revolution in Lateinamerika?» Auf 39 Seiten zeigt der «Economist» am 30. 5. einen Überblick über *Australiens* Wirtschaft, deren Entwicklung in den letzten 10 Jahren ihn erstaunt. — Über

Elektrizität, Öl und Inflation in *Argentinien*» äußert sich «FuW» am 21. 3. — Einen interessanten Reisebericht seines Korrespondenten aus *Rotchina* veröffentlicht der «Economist» am 9. 5. — Die steigende «Frauenerwerbsarbeit» in *Japan* und ihre Entlohnung hat dem deutschen «Arbeitgeber» vom 5. 5. Eindruck gemacht Unter Verwertung eines umfangreichen statistischen Materials hat sich Dr. H.-P. Martin der Prüfung der «Stellung Japans in der Weltwirtschaft» im Hamburger «Wirtschaftdienst» vom Mai unterzogen. — Über das «Spekulationsfieber in *Kanada*» aus Anlaß der Entdeckung riesiger Kupfer-, Zink- und Silbervorkommen informiert «FuW» am 6. 5. — «Kreditwesen» deutet am 1. 3. auf «*Perus* gesunde Finanzen» hin. — Endlich wird der Geschäftswelt durch den «Economist» am 7. 3. Einblick in das schnelle Wachstum der *südafrikanischen* Wirtschaft geboten.

Wirtschaft im kommunistischen Block

1. Auf die *Gesamtheit des Ostblocks* bezieht sich eine Ausarbeitung von Stefan C. Stolte: «Das Unbehagen in der Ost-West-Auseinandersetzung» in den deutschen «Gewerkschaftlichen Monatsheften», Nr. 3. Mit «Führungs- und Lenkungsproblemen der Ostblockwirtschaft» befaßt ich Dr. N. von Grote (Köln) in einem Aufsatz des deutschen «Arbeitgebers» am 20. 4. unter dem Titel: «Das endlose Experiment». Reizvoll ist in der «SAZ» vom 28. 5. der Leitartikel von B. A. Osadczuk-Korab (Berlin) über «Integrationsschwierigkeiten im kommunistischen Osten».

2. «Profite in der *Sowjetunion*» in Theorie und Praxis erläutert Ljuba Sirc (Dundee-Schottland) in den «Monatsblättern» vom April. Recht eingehendes und wertvolles Material über «den sowjetischen Außenhandel in den Jahren 1955—1962» verschafft Michael von Berg (Stanford-Universität, Kalifornien) in einem Beitrag zu Heft 1/1964 der in Berlin erscheinenden «Osteuropa-Wirtschaft».

3. Diese eben erwähnte Vierteljahresschrift zeichnet sich auch durch die Verarbeitung eines vielseitigen Stoffes betreffend die *Satellitenstaaten* aus; so wurden ebenfalls in Heft 1 unter anderm «die Ergebnisse der *polnischen* Preisreform» vom 1. 7. 1960 und «die Planerfüllung in der *Tschechoslowakei*» kommentiert.

*

Der übliche Hinweis auf die für Interessenten am kommunalen Geschehen nützliche Münchener «Zeitung für kommunale Wirtschaft soll auch heute den Abschluß bilden; diese Monatsschrift macht im März die Probleme der Stromversorgung, im April der Gas- und im Mai der Wasserwirtschaft zum Zentralpunkt ihrer Ausgabe.

(Abgeschlossen anfangs Juni 1964.)

Hans Posse